



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Harald Güller, Klaus Adelt, Florian Ritter, Alexandra Hierse-
mann, Inge Aures, Christian Flisek, Stefan Schuster, Arif Taşdelen SPD**

**Nachtragshaushaltsplan 2019/2020;
hier: Errichtung von stationären Lkw-Kontrollstellen
(Kap. 03 18 Tit. 710 00)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf für den Nachtragshaushaltsplan 2019/2020 wird folgende Änderung vorge-
nommen:

In Kap. 03 18 (Landespolizei) wird der Ansatz im Tit. 710 00 (Staatliche Hochbaumaß-
nahmen) im Jahr 2020 von 46.510,0 Tsd. Euro um 1.000,0 Tsd. Euro auf 47.510,0 Tsd.
Euro sowie die Verpflichtungsermächtigung von 33.000,0 Tsd. Euro um 9.000,0 Tsd.
Euro auf 42.000,0 Tsd. Euro angehoben.

Begründung:

Um verstärkt gegen Unfallursachen im Zusammenhang mit Schwerlastverkehr vorzu-
gehen und grenzüberschreitende Kriminalität zu bekämpfen, beabsichtigt der Freistaat
Bayern stationäre Kontrollstellen an Autobahnen einzurichten. Dem österreichischen
Beispiel folgend, sollen auf diese Weise tageszeit- und wetterunabhängige Kontrollen
des Schwerlastverkehrs ermöglicht werden. Gleichzeitig entlastet und erleichtert dies
die Arbeit der Verkehrspolizei.

Die Einrichtung einer bundesweit ersten stationären Muster-Kontrollstelle „Ahornberg“
ist auf der A9, südliche Fahrtrichtung im Landkreis Hof geplant. Diese stationäre Lkw-
Kontrollstelle in der Nähe von Münchberg auf der A9, soll im Kampf gegen grenzüber-
schreitende Kriminalität helfen und für weniger Unfälle auf der Autobahn sorgen.

Die Einrichtung der Kontrollstelle inklusive der dafür notwendigen polizeilichen Infra-
struktur und Logistik wurde mit 10,5 Mio. Euro veranschlagt, einer Summe, die den Po-
lizei-Bauhaushalt überstrapazieren würde, weshalb seitens des Freistaats eine Kosten-
übernahme durch den Bund angefragt wurde. Bisher hat das Bundesverkehrsministe-
rium jedoch lediglich 500.000 Euro in Aussicht gestellt, knapp 5 Prozent der veran-
schlagten Gesamtsumme, weshalb das wichtige Pionierprojekt auf Eis liegt.

Die stationären Lkw-Kontrollstellen würden erstens die Arbeit von Zoll und Verkehrs-
polizei leichter machen, zweitens einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Unfälle im Zusam-
menhang mit Schwerlastverkehr zu verhindern und schließlich drittens ließe sich so
auch verstärkt grenzüberschreitende Kriminalität, allen voran der Handel mit Rausch-
gift, bekämpfen. Die Umsetzung sollte daher nicht länger hinausgezögert werden.

Es sollen deshalb im Bauhaushalt der Landespolizei für das Jahr 2020 1.000,0 Tsd.
Euro für Planungskosten der stationären Lkw-Kontrollstelle „Ahornberg“ bereitgestellt,
sowie eine Verpflichtungsermächtigung von 9.000,00 Tsd. Euro für einen schnellen
Baubeginn zur Verfügung eingeräumt werden.